

**Antworten der CDU Hessen
auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Verband
Ergotherapie (DVE) e.V., des Deutschen
Bundesverband für Logopädie (dbf) e.V. und des
Deutschen Verband für Physiotherapie (Physio
Deutschland) e.V.**

- 1. Wie wollen Sie die Patientenversorgung im Bereich der Therapieberufe regional, insbesondere in ländlichen Gegenden, sicherstellen, vor allem in Kontext mit der anstehenden Krankenhausreform und der Patientenversorgung nach ambulanten Operationen? Welche Maßnahmen planen Sie, um dem Fachkräftemangel entschieden entgegenwirken und die Patientenversorgung zu sichern?**

Wir wollen den Menschen in allen Teilen und Regionen Hessens gleichermaßen gute Perspektiven für die Zukunft und gleichwertige Lebensbedingungen bieten. Den besonderen Herausforderungen der ländlichen Räume begegnen wir dabei mit besonderen Angeboten und dem Anspruch, eine umfassende Daseinsvorsorge und gute Infrastruktur sicherzustellen. Diese Förderung wollen wir bündeln und stärken.

So auch in der Gesundheitsversorgung. Wir als CDU Hessen betrachten eine verlässliche Gesundheitsversorgung mit flächendeckenden Angeboten als wesentlichen Teil von sozialer Sicherheit. Menschen jeden Alters sollen unabhängig vom Einkommen eine optimale Gesundheitsversorgung erhalten. Niemand darf von qualifizierter Beratung und umfassender medizinischer Versorgung abgeschnitten werden.

Eine große Herausforderung stellt, wie in fast allen Branchen, der Fachkräftemangel dar. Der Fachkräftebedarf in den Therapieberufen ist

auch in Hessen deutlich spürbar. Die Belastung in den Praxen ist hoch, da offene Stellen nicht oder nur mit Verzögerung besetzt werden können. Die Kliniken stehen vor den gleichen Herausforderungen, qualifizierte Ergotherapeuten, Logopäden und Physiotherapeuten zu gewinnen.

Eine langfristige Lösung kann nur in der verstärkten Ausbildung von Nachwuchskräften im gesamten Gesundheitsbereich liegen. Um dem Fachkräftemangel weiter entgegenzuwirken, wollen wir noch mehr Fachkräfte in Gesundheitsberufen ausbilden. Mit der Abschaffung des Schulgeldes haben wir bereits einen wichtigen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung der Ausbildung in Gesundheitsfachberufen geleistet. Darüber hinaus werden wir unter anderem schulische Ausbildungsangebote durch eine angemessene Vergütung attraktiver machen und duale Studiengänge in diesem Bereich fördern. Wir wollen eine transparente und qualitativ hochwertige Ausbildung im Sinne einer qualitativ hochwertigen Versorgung der Patientinnen und Patienten in allen Therapieberufen und fordern vom Bund, hierfür die nötigen Rechtsgrundlagen zu schaffen bzw. die vorhandenen Gesetze zu überarbeiten.

Zudem wollen wir ausländischen Arbeitskräften einen besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Hierzu haben wir u.a. das Hessische Welcome-Center aufgebaut. Wir wollen eine echte "Fast Lane" für Fachkräfte in Hessen schaffen, von denen insbesondere Fachkräfte aus dem medizinischen Bereich profitieren können. Durch eine klare Trennung der Fachkräfteeinwanderung von der Migration Schutzsuchender wollen wir Verfahren und dadurch auch die Möglichkeit zu arbeiten beschleunigen. Diese Maßnahmen wollen wir fortführen und bedarfsgerecht ausbauen. Für die Anwerbung von Fachkräften fordern wir vom Bund die Schaffung einer neuen Agentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur"). Diese Agentur soll aktiv um ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt werben, wo besondere Bedarfe bestehen. Der medizinische Bereich muss hierbei einen Schwerpunkt bilden. Ihren Aufbau wollen wir aktiv unterstützen und mit hessischen Initiativen verzahnen.

Einen weiteren Beitrag für eine Lösung sehen wir in Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die durch die Ansiedlung mehrerer medizinischer Berufsgruppen an einer zentralen Anlaufstelle mit zumeist kommunalen Betreibern zur Versorgungssicherheit der Patienten und Patientinnen beitragen können. Wir wollen Medizinische Versorgungszentren, insbesondere im ländlichen Raum, als Ergänzung zur medizinischen Grundversorgung weiter fördern und ausbauen. Darüber hinaus werden wir auch Gemeinschaftspraxen fördern.

2. Wie stehen Sie zu unserer Forderung nach einer primärqualifizierenden hochschulischen Ausbildung („Vollakademisierung“) für die Therapieberufe? In welcher Form werden Sie sich einsetzen, die Ausbildung in den Therapieberufen hochschulisch und zeitgemäß zu gestalten? Welche Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung sehen Sie für diese Berufe?

Die Akademisierung immer weiterer Berufsgruppen ist aus Sicht der CDU Hessen kein Selbstzweck. Eine erfolgreich abgeschlossene Berufsausbildung und weitere Abschlüsse der beruflichen Aus- und Weiterbildung haben für uns als CDU Hessen denselben hohen Stellenwert wie ein Studium. Die Stärkung der Berufsorientierung und der dualen Ausbildung sind daher zentrale Anliegen der CDU Hessen. Entscheidend für die Form der Ausbildung (akademisch oder beruflich) ist allein, dass am Ende der Ausbildungszeit eine möglichst hohe Qualität durch eine optimale Ausbildung gewährleistet ist. Dies gilt in einem medizinverwandten Bereich im besonderen Maße, weil hier die Gesundheit der Patientinnen und Patienten immer im Mittelpunkt steht.

Wenn in der Praxis unter Berücksichtigung dieser Prämisse der Wunsch nach einer Vereinheitlichung der Ausbildung durch eine umfassende Akademisierung besteht, unterstützen wir dieses Anliegen. Die einschlägigen Berufsgesetze sind zum Teil über 40 Jahre alt – eine Reform durch den Bund ist aus unserer Sicht überfällig, damit die nächste Generation eine

evidenzbasierte Versorgung nach aktuellen Erkenntnissen gewährleisten kann. Wir als CDU Hessen stehen einer Reform der Gesetzgebung für die Berufsgruppen der Gesundheitsfachberufe offen gegenüber und unterstützen entsprechende Vorschläge aus der Praxis.

3. Wie stellt sich Ihre Partei eine aktive Beteiligung der Therapieverbände zukünftig auf Landesebene vor? Welche Schritte wird Ihre Partei gehen, um die Therapieberufe mit ihrer Fachexpertise einzubeziehen?

Als Volkspartei der Mitte haben wir als CDU stets den Anspruch, möglichst viele verschiedene Menschen und Gruppen in ihren Anliegen angemessen zu vertreten und verschiedene Interessen zu einem guten Ausgleich im Sinne der gesamten Gesellschaft zu bringen.

Unser Bestreben ist es, eine engagierte Bürgergesellschaft zu fördern, in der jedes Individuum sich für seine Mitbürger und für unser Land einbringen und aktiv Verantwortung übernehmen kann.

Die CDU setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der parlamentarischen Beteiligung attraktiver zu gestalten und den Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Fachexperten, Betroffenen und Parlamenten zu fördern. Bei allen gesetzgeberischen Aktivitäten suchen wir den Austausch mit allen potenziell betroffenen Interessenverbänden – zum Beispiel im Rahmen parlamentarischer Anhörungen. Wir stehen daher Gesprächen mit Verbänden immer offen gegenüber und freuen uns auf den Austausch.